

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdirektor: Nachrichten Dresden
Verlags-Gesellschaft: 22841
Kass. Nr. 124/13/14/15/16/17/18/19/20/21/22/23/24/25/26/27/28/29/30/31/32/33/34/35/36/37/38/39/40/41/42/43/44/45/46/47/48/49/50/51/52/53/54/55/56/57/58/59/60/61/62/63/64/65/66/67/68/69/70/71/72/73/74/75/76/77/78/79/80/81/82/83/84/85/86/87/88/89/90/91/92/93/94/95/96/97/98/99/100

Verlags-Gesellschaft: 22841
Kass. Nr. 124/13/14/15/16/17/18/19/20/21/22/23/24/25/26/27/28/29/30/31/32/33/34/35/36/37/38/39/40/41/42/43/44/45/46/47/48/49/50/51/52/53/54/55/56/57/58/59/60/61/62/63/64/65/66/67/68/69/70/71/72/73/74/75/76/77/78/79/80/81/82/83/84/85/86/87/88/89/90/91/92/93/94/95/96/97/98/99/100

Verlag v. Berlin: Meyer & Neumann
Dresden, Postfach-Nr. 1048
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachdr.) g.m.b.H. Unterlanghe
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

Das Kabinett geschlossen hinter Schiele

Anterbindung der polnischen Schweineinfuhr

Schulbolshewismus

Zustimmung der Parteien - Preußen möchte die Agrarhilfe sabotieren

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. April. Das Reichskabinett hielt am Dienstagmorgen eine Sitzung ab, in der die Beratung des Agrarprogramms abgeschlossen wurde. Die Verhandlungen führten auf folgender Basis zu einer völligen Einigung: Hinsichtlich der Festsetzung der Getreidezölle erhält das Kabinett eine Ermächtigung, jeweils nach Lage des Marktes die Zölle festzusetzen. Eine Grenze nach oben ist nicht vorgegeben.

Die neuen Fleischzölle bedeuten auch eine Einfuhrsperre gegenüber Litauen. Sehr erheblich neue Zölle erfährt die Einfuhr von Stärke, Dextrin, Sago, Kaffee, Fisch- und Kondensmilch. Die Zölle für Wein zur Schaumweinbereitung können frei festgelegt werden. Der Kellertraubenzoll ist von 60 auf 90 Pf. erhöht worden. Schließlich ist im Kabinett festgelegt worden, daß die

Der Berliner Schulkreis ist nach siebenstägiger Dauer zusammengebrochen. Nicht durch Abwehrmaßnahmen des Staates, sondern deshalb, weil die kommunistischen Aufwiegler ihre Aktion nicht mehr durchhalten konnten. Dafür hört man aus Hamburg, daß dort eine neue Schulkreisbewegung in Gang ist. Es scheint also eine neue Taktik der Kommunisten vorzuliegen, die nach der Ausprobung in Berlin nun auch im Reich angewendet werden soll. Darum sind die Vorgänge der Aufmerksamkeit wohl wert.

Es hat sich herausgestellt, daß formal die Einzelermächtigung eines Ministers, in diesem Falle des Reichsernährungsministers Schiele, nicht möglich ist, sondern nur eine Gesamtermächtigung des Kabinetts. Man hat jedoch eine Regelung getroffen, nach der in den einzelnen Fällen nicht jedesmal das Gesamtgremium der Minister bemüht werden muß.

Erträge des Weinmonopols auch ohne ausdrückliche Zustimmung des Reichstages auf dem Verordnungswege zu landwirtschaftlichen Zwecken Verwendung finden können. Es wäre dann nur noch der Reichsrat zu befragen. Die Wertfrage ist im Sinne der Getreidefrage gelöst worden. Soweit Bindungen hinsichtlich von Fleisch- und Viehzölle vorliegen, sind Einfuhrzölle für alle Kategorien vorgegeben.

Sonderbar waren die „Stimmungsbilder“ vom Berliner Jungpartakus-Kriegsschauplatz. In „machtvoller Kundgebung“ bewegten sich — nach der Berichterstattung der „Roten Fahne“ — die Jünger der revolutionären Dösemähe durch die Straßen Neutollans. Die Fahne des Auftrags wehte ihnen voran. Und mit blutroten Transparenten riefen sie auf zum Generalstreik: „Verweigert den Gehorsam! Setzt den Lehrern der Bourgeoisie, daß eure Geduld zu Ende ist! Hinaus mit den bürgerlichen Lehrern aus den Proletarerschulen!“ Nebenher liefen Schüler mit roten Armbinden; die Demonstrationsleiter und Ordnungsmänner. Andere gingen voraus und verteilten heftige Flugblätter. Sprechchöre brüllten dem Staat und der Gesellschaft ihre Verachtung ins Gesicht. Ganz wie bei den „Großen“.

Von dem Heimathilfswang, der ursprünglich in Kauf nicht genommen war, ist man abgekommen.

Im Anschluß an die Kabinettsitzung wurden die Vertreter der hinter der Regierung stehenden Parteien empfangen und über die Beschlüsse des Kabinetts informiert. Diese Beschlüsse können nicht als Gesetzentwurf vor dem Reichsrat angeleitet werden, weil Preußen die Erklärung abgab, es werde mit allen geschäftsbordnungsmäßigen Mitteln eine Hinausdrögerung der Gesetzgebung dieses Programms verhindern. Das würde aber eine mindestens 14tägige Lauffrist bedeuten, wodurch eine Erledigung der ganzen Angelegenheit noch vor Ostern ausgeschlossen sein würde.

Vor der Schule war das Hauptquartier der Streikleitung. Ein paar von den Bengeln standen Polken. Sie schmähten die Kinder, die zur Schule gehen wollten. Wenn kein Wärter in der Nähe war, fielen sie über einzelne „Streikbrecher“ her und verprügelten sie. Auch Mütter, die ihre Kinder begleiteten, waren vor Beschimpfungen und Tätlichkeiten nicht sicher. Auf dem Schulhof wurde die „Junge Garde“, das Organ des kommunistischen Jugendverbandes, verteilt. Ein des Weges kommender Lehrer wurde mit erhobenen Fäusten und dem Kampfruf „Rache“ begrüßt. Wie die Rache gebüht ist, das zeigte sinnfällig das Kampfabzeichen im Knopfloch eines Berufsschülers: eine Faust, die auf den Kopf des Lehrers schlägt, so daß das Blut nach allen Seiten spritzt.

Dafür soll eine Aufhebung der gesetzlich festgelegten Höchstpreise stattfinden. Der Jahresdurchschnittspreis für die Tonne Weizen wird auf 260 Mark beziffert. Da dieser Preis nicht gesetzlich festgelegt ist, kann er beliebig erhöht werden. Die Folge ist in Zukunft härtester Anpreis zum Weizenbau und ein Nachziehen der Roggenpreise, da erfahrungsgemäß die Weizenpreise bei hartem Steigen auch die Preiscurve bei Roggen beeinflussen.

Die unter Vorhild des Reichskanzlers Dr. Brüning stattgefundene Fraktionsführerbesprechung, an der auch Vertreter der Deutschen Nationalen Volkspartei teilnahmen, ergab die Billigung der Kabinettsbeschlüsse über die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft. Allerdings soll die Agrarhilfe mit den Steuervorlagen und mit dem Kompromiß hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung in Verbindung gebracht werden. Da das umstrittenste Kernstück der Steuervorlagen bekanntlich die Biersteuer ist, würde das bedeuten, daß die Parteien, die bisher die Biersteuer ablehnten, zu einer Revision ihrer Haltung schreiten müßten, wenn sie nicht die Agrarhilfe gefährden wollten.

Inzwischen berieten in einer neuen Spartakus-Kette die Führer des kommunistischen Jugendverbandes. In hitzigen Debatten der roten Schüler entstand der „Kampfsplan“. Sie verhängen den Streik über diese und jene Schule, die reif schien. Sie hatten die Schuldisziplin übernommen und spielten sich als Herren auf. Auch um Streikziele waren sie nicht verlegen: Eine kommunistische Lehrerin, die kürzlich verlegt worden ist, muß wieder her. Die „bürgerlichen“ Lehrer sollen sich zum Teufel scheren. Der Schulplan muß radikal modernisiert werden. Wozu Rechnen, Schreiben und all das langweilige Zeug? Fußball, Wanderungen mit Mädchen, kommunistische Aufklärung, das genügt. Durch Verkörperung der Schulautorität wollen sie die „Begleiter“ sein zum Sturz der Staatsautorität. Wie es in der verteilten Monatschrift „Das proletarische Kind“, im „Lied vom Roten Flieger“ so schön heißt:

Die Schweinezölle sind wie folgt festgelegt: Bei Preisen von 75 Pf. pro Doppelzentner (das ist die neue Katastrophengrenze nach unten, die früher bei 70 Pf. lag.) soll der Zoll pro Doppelzentner je 80 Pf. (früher 27 Pf.) betragen. Bei Preisen von 75 bis 80 Pf. beträgt der Zoll 24 Pf. (früher 18 Pf.). Bei Preisen über 80 Pf. beträgt der Zoll 18 Pf. (früher 9 Pf.). Dieser letztere Punkt wird vom Reichskabinett nicht als conditio sine qua non angesehen. Wichtig ist ferner, daß durch das neue Agrarprogramm die Einfuhr von zollfreiem Geflügelfleisch vollkommen illusorisch gemacht ist. Die Wiedereinführung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes ist einer Einfuhrsperre gleichzusetzen. Ein gewisser Ersatz soll im Bedarfsfalle durch die Einfuhr von Fischfleisch geschaffen werden.

Die unter Vorhild des Reichskanzlers Dr. Brüning stattgefundene Fraktionsführerbesprechung, an der auch Vertreter der Deutschen Nationalen Volkspartei teilnahmen, ergab die Billigung der Kabinettsbeschlüsse über die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft. Allerdings soll die Agrarhilfe mit den Steuervorlagen und mit dem Kompromiß hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung in Verbindung gebracht werden. Da das umstrittenste Kernstück der Steuervorlagen bekanntlich die Biersteuer ist, würde das bedeuten, daß die Parteien, die bisher die Biersteuer ablehnten, zu einer Revision ihrer Haltung schreiten müßten, wenn sie nicht die Agrarhilfe gefährden wollten.

Das Bürgerturn ist geneigt, den ganzen Rummel von der lächerlichen Seite zu nehmen. Man ist ja so viel Narrensches gewöhnt in dieser Zeit. Warum sollen nicht auch Kinder ein wenig Revolution spielen? Die Kommunisten müssen halt wieder Klamauf haben. Man wird sie schon zur Räson bringen. Und die Staatsordnung werden sie mit diesem Affentheater nicht umstürzen. Gewiß nicht! Aber es wäre doch besser, die Sache ernst zu nehmen und ein wenig über die Folgen nachzudenken.

Besonders durch die neuen Schweinezölle hofft man, den deutsch-polnischen Handelsvertrag in seinen wichtigsten und für die Landwirtschaft gefährlichsten Punkten auszugleichen zu haben. Die Schweinepreise liegen in Polen heute so, daß der Zentner 68 Pf. kostet. Hierzu kämen 18 Pf. Zoll und 8 Pf. Transportkosten. Der Zentner würde sich also auf 89 Pf. belaufen. Dieses Fleisch würde auf dem deutschen Markt kaum mehr Konkurrenzfähig sein.

Die unter Vorhild des Reichskanzlers Dr. Brüning stattgefundene Fraktionsführerbesprechung, an der auch Vertreter der Deutschen Nationalen Volkspartei teilnahmen, ergab die Billigung der Kabinettsbeschlüsse über die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft. Allerdings soll die Agrarhilfe mit den Steuervorlagen und mit dem Kompromiß hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung in Verbindung gebracht werden. Da das umstrittenste Kernstück der Steuervorlagen bekanntlich die Biersteuer ist, würde das bedeuten, daß die Parteien, die bisher die Biersteuer ablehnten, zu einer Revision ihrer Haltung schreiten müßten, wenn sie nicht die Agrarhilfe gefährden wollten.

Als im vorigen Jahre in Dresden die rote Schulpropaganda plötzlich überhandnahm und die Presse auf die Gefahr dieses Treibens hinwies, da mußten die Schulbehörden den Rißstand abgeben, aber sie führten zu ihrer Entschuldigang an, daß sie nicht die genügenden Nachmittage hätten, um den Unfug energisch abzustellen. Das war aber nur das erste Stadium der Schulbolshewisierung. Im Berliner Schulkreis erlebten wir jetzt das zweite. Und auch dagegen, gegen die offene Rebellion, scheint man keine genügenden Nachmittage zu haben, sonst hätten nicht einige Heher tagelang den Betrieb ganzer Schulen stilllegen dürfen. In diesem zweiten Stadium ist es schon so weit, daß die Eltern der „arbeitswilligen“ Schüler kein Recht mehr auf die gesetzlich geregelte Erziehung ihrer Kinder haben. Eine Minderheit von kommunistischen Eltern übernimmt an ihrer Stelle das Kommando. Wie soll diese Entwicklung eigentlich weitergehen?

Ferner sind vorgegeben an neuen Zöllen: 20 Pf. für Speck (statt wie bisher 14 Pf.), 10 Pf. für Schmalz (statt 8 Pf.). Schließlich soll für die Geflügelfarm etwas getan werden, um sie für die Erhöhung der Zölle auf die Getreidearten zu entschädigen, die für die Geflügelhaltung in erster Reihe in Frage kommen. Es wird also an eine Erhöhung des Eierzolles gedacht, die allerdings sehr langwierige diplomatische Verhandlungen voraussetzt, da der Eierzoll im südlawischen und im italienischen Handelsvertrag gebunden ist.

Dann gab Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer den angekündigten Weberschild über die Kassenlage des Reiches. Er stellte fest, daß dem ursprünglich für Ende März verrechneten Fehlbetrag von 220 Millionen Deckungsmittel in Höhe von 267 Millionen gegenüberstünden. So daß Ende März noch ein verfügbarer Bestand von 45 Millionen vorhanden war. Für die Regulierung der bei den Banken ausgenommenen Kredite seien inzwischen neue Abmachungen getroffen worden. Die Finanzierungspläne hätten sich infolgedessen in wesentlichen Punkten geändert. Nach Renauastellung werde Ende Dezember ein Fehlbetrag von rund 70 Millionen vorhanden sein. Der Schwerpunkt der Bilanz liegt im Monat Mai, in dem ein Fehlbetrag von 228 Millionen einträte, zu dessen Deckung nur 125 Millionen Bestände aus dem April vorhanden sein würden. Es würden also etwa 100 Millionen fehlen. Außerdem werde nach den Vereinbarungen vom Dezember, wenn bis zum 10. April die notwendigen Einnahmequellen nicht erschlossen seien, der Fehlbetrag des Dezemberkredites in Höhe von 300 Millionen länderbar. Verhandlungen über die Streichung der Kündigungsfrist seien im Gange. Für ihr Ergebnis werde die Bewilligung des Finanzprogramms von Bedeutung sein. Der Minister betonte zum Schluß, daß die Bilanz unter der Annahme aufgestellt sei, daß die Einnahmen aus den neuen Steuergesetzen spätestens Anfang Mai zu fließen begännen.

Natürlich freiten die Schulkinder nicht von sich aus. Sie spielen immer noch Räuber und Schupo und heutzutage viel leicht auch Rotfront und Nazi. Aber sie kommen nicht auf den Gedanken, in dieser Weise ernst zu machen. Dafür tragen jene Heher die Verantwortung, die seit Jahr und Tag unter dem Schutz der Immunität die Schulen mit ihren Schritten versehen dürfen, wie der kommunistische Reichstagsabgeordnete Wienke, der alle Schülerzeitungen verantwortlich zeichnet. Auch die Organisation der gegenwärtigen „Bewegung“ geht natürlich von diesen Leuten aus. Die verheerenden Kinder sind nichts als willkürliches Klassenkampfmateriel

Traurige Kassenlage des Reiches

Dr. Moldenhauers Bericht im Steuerausschuß

Berlin, 8. April. Im Steuerausschuß des Reichstages wurde am Dienstag die Novelle zur Tabaksteuer in der Gesamtabstimmung abgelehnt, da nur die Regierungsparteien dafür eintraten. In der vorangegangenen Einzelberatung war der deutsch-nationale Antrag, die Verwaltungsaufgabe für die Tabaksteuerlager statt auf 1 v. H. nur auf 1/2 v. H. zu bemessen, angenommen worden. Die Novelle zur Zuckersteuer wurde in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Der Ausschuß beschäftigte sich dann mit der Einführung der Mineralwassersteuer. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer bezeichnete die Besorgnisse als weit übertrieben. Der geringe Steuerfuß werde niemand hindern, Mineralwasser zu genießen. Für die Gemeinden bedeute die Zuweisung aus dieser Steuer aber eine dringende notwendige Erleichterung. Schon jetzt sei durch die Ausschußbeschlüsse zur Tabaksteuer und auch durch die Freilassung des Petroleum ein Anfall von 27 Millionen an dem ursprünglich errechneten Gesamtertrag entstanden. Deshalb könne auf die Mineralwassersteuer nicht verzichtet werden.

Dann gab Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer den angekündigten Weberschild über die Kassenlage des Reiches. Er stellte fest, daß dem ursprünglich für Ende März verrechneten Fehlbetrag von 220 Millionen Deckungsmittel in Höhe von 267 Millionen gegenüberstünden. So daß Ende März noch ein verfügbarer Bestand von 45 Millionen vorhanden war. Für die Regulierung der bei den Banken ausgenommenen Kredite seien inzwischen neue Abmachungen getroffen worden. Die Finanzierungspläne hätten sich infolgedessen in wesentlichen Punkten geändert. Nach Renauastellung werde Ende Dezember ein Fehlbetrag von rund 70 Millionen vorhanden sein. Der Schwerpunkt der Bilanz liegt im Monat Mai, in dem ein Fehlbetrag von 228 Millionen einträte, zu dessen Deckung nur 125 Millionen Bestände aus dem April vorhanden sein würden. Es würden also etwa 100 Millionen fehlen. Außerdem werde nach den Vereinbarungen vom Dezember, wenn bis zum 10. April die notwendigen Einnahmequellen nicht erschlossen seien, der Fehlbetrag des Dezemberkredites in Höhe von 300 Millionen länderbar. Verhandlungen über die Streichung der Kündigungsfrist seien im Gange. Für ihr Ergebnis werde die Bewilligung des Finanzprogramms von Bedeutung sein. Der Minister betonte zum Schluß, daß die Bilanz unter der Annahme aufgestellt sei, daß die Einnahmen aus den neuen Steuergesetzen spätestens Anfang Mai zu fließen begännen.

Nach längerer Aussprache wurde die Mineralwassersteuer vom Ausschuß mit großer Mehrheit abgelehnt.